

Die Atommüll-Diskussion vom Kopf auf die Füße stellen

von Ursula Schönberger

Beim Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes im Juli letzten Jahres erklärte der damalige Bundesumweltminister Peter Altmaier: „Eine der umstrittensten Fragen in unserem Land ist in einem großen politischen Konsens gelöst worden.“ Tatsächlich ist die Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie und ihren strahlenden Hinterlassenschaften einer der größten Konflikte in der Bundesrepublik Deutschland. Doch von einer Lösung des Konfliktes, geschweige denn von einer Lösung der Aufgabe, Atommüll über eine Million Jahre sicher aufzubewahren, sind wir ähnlich weit entfernt wie beim Einstieg in die Atomtechnik vor 50 Jahren.

Es ist in den letzten Wochen, wenn es um die Beteiligung von Umweltverbänden und Initiativen an der Standortkommission geht, sehr viel von Vertrauen die Rede. Von Vertrauen, das die Kritikerinnen und Kritiker in die heute handelnden Personen, in Politik und Wissenschaft setzen sollen. Vertrauen entsteht aber nicht durch Versprechen in eine bessere Zukunft, sondern durch das reale Handeln im Alltag. **Wer über eine Million Jahre Sicherheit beim Umgang mit dem Atommüll reden will, der muss zunächst nachweisen, dass er die Probleme im Hier und Jetzt ernst nimmt, damit seriös umgehen kann und dies auch tut.**

Wenn man den Müll konkret in Augenschein nimmt, wie wir dies in der Bestandsaufnahme Atommüll gemacht haben, dann wird deutlich, dass riesige Mengen Atommüll, die in Zusammenhang mit deutscher Atomstromproduktion stehen, völlig ausgeblendet werden. Ich will hier ein Beispiel nennen: Für den Jahresverbrauch eines 1200 MW Reaktors werden 33 t Brennstoff benötigt. Um diese zu erzeugen bedarf es einer Menge von 440.000 t Uranerz, von denen 439.600 t in den Halden und Tailings der Abbaugebiete verbleiben. Das heißt, diese 439.600 t kommen erst gar nicht nach Deutschland. Eine Verantwortung für die gesundheitliche Situation der Menschen in den Abbaugebieten wird nicht übernommen. Auch mit einer Beendigung der Atomenergienutzung am 31.12.2022 wäre der Uranabbau in Zusammenhang mit deutschen Firmen nicht zu Ende. Denn die Urananreicherungsanlage Gronau hat eine unbefristete Betriebsgenehmigung.

Doch auch andere Partien Atommüll tauchen in der Abfallmengenbilanz des Bundesamtes für Strahlenschutz gar nicht erst auf. Seit der Novellierung der Strahlenschutzverordnung 2001 können enorme Mengen der Abrissabfälle „freigemessen“ werden wenn sie unter den festgelegten Grenzwerten bleiben. Sie sind dann offiziell kein Atommüll mehr. Sie werden auf Haus- oder Sondermülldeponien gelagert oder der industriellen Verwertung zugeführt. Sie landen im Straßenbau, in der Schrottschmelze und im Konsumgütersektor.

In der gegenwärtigen Debatte um die Suche nach einem tiefeingeologischen Standort für die dauerhafte Lagerung von Atommüll ist viel von „nationaler Verantwortung“ die Rede. Wenn die Probleme groß und teuer werden, wird die „Nation“ angerufen, das ist ein bekanntes Muster. Doch wir sollten dabei das Verursacherprinzip nicht vergessen. Die Verantwortung für den strahlenden Müll liegt in erster Linie nicht bei einer irgendwie definierten

Nation, sondern bei der Energiewirtschaft, die ihren finanziellen Profit aus der Atomenergienutzung gezogen hat. Und sie liegt bei der Politik, die diese Entwicklung massiv gefördert und über die Probleme über Jahrzehnte hinweggesehen hat. Es ist es richtig, dass es keine moralische Rechtfertigung gibt, den giftigen Müll eines Industrielandes in ein anderes Land zu verschieben. Aber dies kann nicht dazu führen, dann gleich auch noch die Verursacher aus ihrer Verantwortung zu entlassen und diese moralisch und finanziell auf die Gesellschaft abzuwälzen. Die Überführung der Entsorgungsrückstellungen der Betreiber in einen öffentlich-rechtlichen Fond wäre ein wichtiges Signal. Und sie wäre ein ganz materieller Beitrag für die Finanzierung der immensen Kosten, die noch entstehen werden.

Noch stutziger macht der Appell an die „nationale Verantwortung“ wenn man sieht, wie heute noch Atommüll exportiert wird oder werden soll. Auch dafür nur ein Beispiel: Die Betriebsgenehmigung für das Zwischenlager für AVR-Brennelemente im Forschungszentrum Jülich ist am 30. Juni 2013 ausgelaufen. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat die Verlängerung abgelehnt. Begründung: Es vermisste die: „notwendige fachliche Tiefe der Unterlagen für die Anschlussgenehmigung.“ Nun will das Forschungszentrum sich des Problems entledigen indem es die Brennelemente in die USA exportiert, obwohl es dort auch keine Konzepte für eine sicherere Lagerung dieses Mülls gibt. Die Frage, ob dieser Export wirklich durchgeführt wird, wird ein Lackmustest für die Ernsthaftigkeit eines Neuanfangs in der Atommülldebatte werden.

Offiziell wird in Deutschland das sogenannte „Zwei-Endlager-Konzept“ verfolgt. Wegen ihrer unterschiedlichen physikalisch-chemischen Eigenschaften sollen die gering wärmeentwickelnden Abfälle und die wärmeentwickelnden Abfälle in verschiedenen tiefen geologischen Formationen gelagert werden – so die Bundesregierung. Für die gering wärmeentwickelnden Abfälle gibt es einen genehmigten Standort, das alte Eisenerzbergwerk Schacht KONRAD in Salzgitter. Ob und wann Schacht KONRAD in Betrieb gehen wird ist derzeit nicht absehbar. Eigentlich sollte der Betrieb Ende letzten Jahres aufgenommen werden. Doch die Probleme bei der Sanierung der Schächte sind weit größer als erwartet. Inzwischen ist von 2024 die Rede. Doch selbst wenn KONRAD eines Tages in Betrieb gehen sollte, ist längst klar, das gar nicht alle Partien Atommüll mit geringer Wärmeentwicklung dort eingelagert werden könnten.

In Jülich lagern 1.000 Tonnen graphithaltige Abfälle, in Gronau fallen 100.000 m³ uranhaltige Abfälle an, Kernbauteile sind hohem Neutronenfluss ausgesetzt – alles Abfälle mit „vernachlässigbarer Wärmeentwicklung“, für die Schacht KONRAD gar nicht oder nur in geringen Mengen genehmigt ist. Ganz zu schweigen von den 175.000 bis 275.000 m³ radioaktiven Abfällen, die bei der Rückholung des Mülls aus der ASSE II nach Schätzungen mindestens anfallen würden.

Nun wird in der aktuellen Debatte mitunter darauf hingewiesen, dass das Standortauswahlgesetz von einem Standort für „insbesondere hoch radioaktiven Abfälle“ bzw. „insbesondere Wärme entwickelnde Abfälle“ spricht und dass dieser zu findenden Standort die hochradioaktiven Abfälle und eben allen anderen Müll aufnehmen soll, der nicht nach Schacht KONRAD passt. Das klingt pragmatisch, wirft aber neue Fragen auf. Nur um sich die Dimension vor Augen zu führen: Alleine die Uranabfälle haben ein dreifach größeres Volumen als die hochradioaktiven Abfälle. Was ist mit den unterschiedlichen physikalisch-chemischen Eigen-

schaften, die bisher gegen ein „Ein-Endlager-Konzept“ ins Feld geführt werden? Sind die jetzt kein Problem mehr oder braucht es für die Lagerung aller Arten Abfälle an einem Standort ein ganz neues Lagerkonzept und wie sähe dies aus? Und was für Auswirkungen hat dies dann auf die Sinnhaftigkeit des KONRAD-Projektes?

Die Kommission, die eingesetzt werden soll, heißt „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“. Das ist zu kurz gegriffen. Wer tatsächlich einen Neuanfang in der Diskussion um den Umgang mit Atom Müll starten will, muss alle Parteien radioaktiven Abfalls einbeziehen. Sonst bleibt die Atom Müllpolitik weiterhin nur ein Stückwerk

Wenn man den Müll konkret betrachtet stellt sich heraus, dass die radioaktiven Abfälle noch lange an ihren jetzigen Standorten verbleiben werden. Dies muss aber Konsequenzen für die Zwischenlagerung haben, wie der Fund von verrosteten Fässern in Brunsbüttel oder Leese beispielhaft zeigt.

Die Reaktorsicherheitskommission hat dazu 2002 Empfehlung für die „Sicherheitsanforderungen an die längerfristige Zwischenlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle“ ausgearbeitet. Die Umsetzung dieser Anforderungen wären auf jeden Fall eine Verbesserung der Situation. Sie gelten allerdings nicht mehr, da die Entsorgungskommission sie 2012 mit dem Hinweis auf die „baldige“ Inbetriebnahme von Schacht KONRAD außer Kraft gesetzt hat. Hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Die Geschichte der Atomenergienutzung in der Bundesrepublik Deutschland ist geprägt von Verharmlosung, von Vertuschung und von Absprachen zwischen Betreibern und Atomaufsicht. An dieser Haltung der Verantwortlichen hat sich weniger geändert, als man gemeinhin meinen mag.

Auch hier wieder nur ein Beispiel von vielen: Die Vorgänge um die Sanierung der Wismut-Standorte zeigen exemplarisch, wie mit Atom Müll umgegangen wird, sobald er zur historischen Altlast erklärt werden kann. Die Wismut mit ihren Standorten in Thüringen und Sachsen war über viele Jahre hinweg der drittgrößte Uranproduzent der Welt. Die strahlenden Halden und Absetzbecken werden heute – mehr als 23 Jahre nach Ende der DDR - noch nach Strahlenschutzrecht der DDR saniert. Doch nicht nur das, sie werden auch als oberflächennahe, dauerhafte Abfalllager für radioaktiven Schrott und Bauschutt aus den abgerissenen oberirdischen Anlagen genutzt. Damit erfüllen sie die Funktion von „Bundesendlagern“ allerdings ohne Planfeststellungsbeschluss, ohne formale Öffentlichkeitsbeteiligung und ohne Langzeitsicherheitsnachweis. Die Bundesregierung erklärt zu diesem Vorgehen in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage im Januar 2014, also quasi heute: Da für die Sanierung der Wismut-Standorte das Strahlenschutzrecht der DDR weiter gelte „handelt es sich bei dem eingelagerten Schrott nicht um radioaktive Abfälle im Sinne des Atomgesetzes.“ So kann man Atom Müll erst einmal wegdefinieren. Doch die Folgen einer solchen oberflächennahen „Endlagerung“ werden dann andere zu tragen haben.

Politik und Atomverwaltung stehen vor der Herausforderung, im Hier und Heute glaubwürdig beweisen zu müssen, dass das Ausmaß der Probleme und die eigene Verantwortung tatsächlich erkannt worden sind.

Wenn wir wirklich einen Neustart in der Atommülldiskussion wollen brauchen wir einen Prozess,

- der die Erfahrungen mit den gescheiterten Projekten und Altlasten zu einem wesentlichen Bezugspunkt der Diskussion macht. Dazu gehören methodische, fachliche, aber auch gesellschaftliche Fragen. Wie kann es sein, dass Atommüll in die ASSE II eingelagert wurde, obwohl Bergleute, Wissenschaftler und Behörden bereits in den 60er Jahren vor Wassereinbrüchen gewarnt hatten? Wie kann es sein, dass die Verantwortlichen für das ASSE-II-Desaster noch Jahrzehnte später einen guten Namen in der Wissenschaftsgemeinde haben und ihre damaligen Eignungsaussagen für Gorleben und Schacht KONRAD nicht angezweifelt werden? Wie kann es sein, dass gerade die großen staatlichen Forschungszentren in Jülich, Geesthacht und Karlsruhe zu den größten Problemverursachern gehören und völlig sorglos mit den Gefahren der radioaktiven Stoffe umgehen?

Wir brauchen einen Prozess

- der von den realen und akuten Gefahren des Atommülls ausgeht, statt sie zu leugnen, Der alle Partien radioaktiver Abfälle umfasst. Dem das Eingeständnis von Politik und Wirtschaft vorausgeht, dass es keine Lösung für die sichere Lagerung von Atommüll über 1.000.000 Jahre geben kann. Dieses Eingeständnis hätte natürlich Folgen. Wer den Müll nicht sicher lagern kann muss seine Produktion jetzt stoppen. Statt kurzgeschlossen nach einem Standort zu suchen, muss erst einmal die Frage im Mittelpunkt stehen, wie denn die einzelnen Partien Atommüll mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften tatsächlich am sichersten aufbewahrt werden können.

Und wir brauchen einen Prozess

- der den Betroffenen entscheidungsrelevante Rechte einräumt und der in seinem Ausgang tatsächlich offen ist. Die Politik verspricht, sich jetzt auf die Suche nach einem Standort für ein Lager zu machen, das alle Probleme löst. Dabei geben die Akteure aber unumwunden zu, dass sie nicht daran glauben, dass es je einen Standort geben wird, der bereit sein wird, eine solche Anlage aufzunehmen. Mithin geht es gar nicht um ein konsensuales Vorgehen mit den Betroffenen. Es geht vielmehr darum, ein möglichst breites gesellschaftliches Bündnis gegen einen Standort zu begründen. Unter solchen Vorzeichen ist aber eine offene Auseinandersetzung wenig vorstellbar. Wenn es für Betroffene keine entscheidungsrelevanten Eingriffsmöglichkeiten gibt und nach allen Erfahrungen der letzten vier Jahrzehnte Standort-Benennung zugleich Standort-Verurteilung bedeutet, gibt es auch keine Verhandlungsräume. Dann gibt es nur die Alternative: zulassen oder verhindern.

Der politische Konsens, den Herr Altmaier vor einem Jahr festgestellt hat, war lediglich eine Übereinkunft der vier Parteien, die dem Gesetz damals zugestimmt haben mit den Regierungschefs der Bundesländer. Für einen Fortschritt in der Lösung des gesellschaftlichen Konfliktes ist mit dem Gesetz leider wenig erreicht worden.